



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

F/V/104

6. Mai 1950

Hinweise auf den Inhalt:

Zur Bundestagsnachwahl in Kulmbach	S.1
Dtsch.Ostvertrieb.u.Internation.Flüchtl.Org.	S.3
Über die Hintertreppe (Absichten Adenauers f.London)	S.4
Stoßseufzer eines Wohnungslosen (Glosse)	S.6

Die erste Nachwahl

Von Fr. Heine

Wenn am Abend des 14. Mai der letzte der rund 100.000 Abstimmenden sein Kreuz gemacht hat, dann wird nicht nur die Frage entschieden sein, ob der Sozialdemokrat Jaksch oder der CSUler Semler den Wahlkreis Kulmbach in Bonn vertreten werden. Die Stimmabgabe in Kulmbach wird auch in Washington, London und Paris sehr aufmerksam registriert werden, sie wird die Politik von Bonn mehr beeinflussen, als in der Zahl der Abstimmenden zum Ausdruck kommt. Es wird nicht nur ein Abgeordneter von 402 neugewählt werden, es wird auch eine Zwischenbilanz über die Politik der übrigen 401 Gewählten gezogen.

Am 14. Mai ist nicht die einzige, sondern nur die erste grössere Wahl des Jahres 1950. Sechs, sieben oder acht Wahlen zu den Landtagen stehen noch vor uns. Und die Wahl von Kulmbach kann nicht verfehlen, stimmungsmässig stark auf das Ergebnis der nächsten Wahlen einzuwirken - in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein, in Hessen und in Württemberg und vor allem bei den bayerischen Wahlen.

Die vergangenen Monate haben in vielen Teilen des Bundesgebietes Dutzende von Gemeinderats- und Kreistagswahlen gebracht. Die Resultate waren trotz der gerade bei solchen Wahlen im kleinsten Bereich besonders ausschlaggebenden lokalen Unterschiedlichkeit von einheitlicher Tendenz: fast ohne Ausnahme ein zum Teil wesentliches An-

steigen der sozialdemokratischen Stimmen und Verluste des Bürgerblocks, eine erfreuliche Entwicklung, die noch durch die Erfolge der Sozialdemokraten bei den bisherigen Betriebsratswahlen unterstrichen wird.

Der kommende Sonntag wird zum ersten Mal aus grösserem Anlass und auf überlokaler Ebene zeigen, wie die Entwicklung läuft. Der inoffizielle Regierungsblock, der sich um Adenauers Kandidaten Dr. Semler zusammengeschlossen hat, erhielt am 14. August vorigen Jahres 46.000 Stimmen. Der Repräsentant der sozialdemokratischen Opposition 27.000 Stimmen. Jede Stimme, die Semler weniger und die Jaksch mehr erhält, ist ein Votum gegen Adenauer, ist eine Bekräftigung der sozialdemokratischen Politik.

Diese erste Nachwahl bot Regierungsparteien und Opposition die erste Chance, den Mann zu nominieren, der aus dem Reservoir der Kandidaten zu den besonders Qualifizierten gehört. Nichts konnte bezeichnender sein, als die Auswahl, die Regierung sowohl wie Opposition getroffen haben.

Beide Männer sind ein Programm. Wenzel Jaksch ist ganz ohne Zweifel die stärkste Persönlichkeit unter den heimatvertriebenen Sudetendeutschen. (Es ist bezeichnend und nicht nur für jeden Heimatvertriebenen von Belang, dass das einzige "wesentliche Argument" der Regierungsparteiler gegen Jaksch ist, durch seine Wahl werde die Zahl der Flüchtlingsabgeordneten aus Franken zu gross!) Seine Wahl würde aber nicht nur eine besonders wertvolle Förderung der Heimatvertriebenen-Interessen bedeuten, sondern die Möglichkeit eröffnen, die sozialdemokratische Fraktion um die Kenntnisse eines erfahrenen Politikers und Parlamentariers auch auf anderen Gebieten zu bereichern.

Der Adenauer-Kreis aber hat sich als seinen "besten" Mann einen Unternehmer-Syndikus, einen scharfmacherischen Nationalisten geholt! Der rechte, der reaktionäre Flügel der Koalition, soll verstärkt werden, das ist der Sinn der Nominierung Semlers. Die sogenannten fortschrittlichen Elemente in den Regierungsparteien haben sich wieder einmal als machtlos und kraftlos erwiesen. Semlers Wahl aber wäre nicht nur eine Verstärkung des nationalistischen Unternehmerflügels in Bonn, sie wäre die weitere Diskreditierung des deutschen Ansehens, die in diesem Jahr mit Hedler begann, mit Adenauers "Deutschland, Deutschland über alles" fortgesetzt wurde und im Freispruch Veit Harlans ihre neueste Verstärkung fand. Allein die Kandidatur Semlers hat bereits dem Ansehen, das wir uns mühsam und Schritt für Schritt

in der Welt wiedererringen müssen, erheblich geschadet. Seine Wahl aber müsste gerade bei den (leider noch nicht zahlreichen) gutwilligen Freunden Deutschlands als eine unnötige Provokation aufgefasst werden. Deutschen Interessen ist mit dieser nicht gedient. Leider haben nicht Dr. Adenauer und seine Regierungskollegen, sondern das ganze deutsche Volk die Folgen zu tragen.

Glücklicherweise bietet die Kandidatur Wenzel Jakschs den Wählern die Möglichkeit, die Interessen des arbeitenden Volkes und der Nation besser wahrzunehmen, als das durch die verantwortungslose Entscheidung der Blockparteien geschieht. Jedes Kreuz hinter dem Namen Semler ist zum Nachteil Deutschlands. Jede Stimme für den sozialdemokratischen Kandidaten ist ein Gewinn für unser Volk.

- o - o -

Deutsche Ostvertriebene und Internationale Flüchtlingsorganisation

A.F. Paris, Anfang Mai

Die Internationale Flüchtlingsorganisation wird Anfang 1951 durch einen den Vereinten Nationen unterstellten Internationalen Hochkommissar für Flüchtlinge abgelöst werden. In Vorbereitung dieser Änderung hat die Organisation unlängst in Genf eine wichtige Tagung abgehalten, deren Beschlüsse auch für Deutschland wichtig sind, weil von verschiedenen Seiten, hauptsächlich von Frankreich und der Schweiz, der Antrag gestellt wurde, in Zukunft den Tätigkeitskreis der Internationalen Flüchtlingshilfe zu erweitern und - zumindest teilweise - auch die deutschen Ostvertriebenen in die Kategorie der Flüchtlinge aufzunehmen.

Bereits 1947 bemühte sich die französische Delegation auf der ersten Tagung der Internationalen Flüchtlingsorganisation um die Betreuung der sogenannten Volksdeutschen, d.h. aller derjenigen Ostvertriebenen in Deutschland und Österreich, die nie die deutsche Staatsangehörigkeit besessen hatten. Grundsätzlich wurde für die rein juristische Betreuung dieser Gruppe dem französischen Antrag stattgegeben. Der französische Delegierte musste jedoch 1950 in Genf feststellen, dass sich praktisch die internationale Flüchtlingsorganisation um diese Gruppe von Menschen überhaupt nicht gekümmert hat. Um eine derartige Vernachlässigung in Zukunft unmöglich zu machen und gleichzeitig in der nur offiziös bekanntgegebenen Absicht, dem deutschen Flüchtlingsproblem einen internationalen Charakter zu geben -

- der französische Delegierte in Genf wurde anlässlich verschiedener Deutschlandreisen durch die Not der deutschen Ostvertriebenen menschlich sehr stark beeindruckt - beantragte nun Frankreich, in Genf die Definition des Flüchtlings so zu erweitern, dass sich der zukünftige Hochkommissar mit all denjenigen Menschen zu befassen hätte, die "sich nicht mehr des Schutzes ihres Ursprungslandes erfreuen".

Eine derartige Definition würde nicht nur die verhältnismässig kleine Gruppe der Volksdeutschen erfassen, sondern bei einer etwas weitherzigen Auslegung auch die überwiegende Mehrheit der deutschen Ostvertriebenen.

Nach französischer Ansicht soll praktisch die Erweiterung der Flüchtlingsdefinition auch dazu dienen, die österreichische Regierung zu zwingen, die Autorität des Flüchtlingskommissars über die sich in Österreich noch befindlichen, teilweise rechtlosen Volksdeutschen anzuerkennen. Ferner erfordert die zukünftige Flüchtlingsarbeit aus begreiflichen Gründen die wohlwollende Mitarbeit der deutschen Regierung. Damit dürfte jedoch schon aus rein psychologischen Gründen nicht zu rechnen sein, wenn sich die Welt ihrerseits weigert, sich mit dem Schicksal der Millionen deutscher Ostvertriebenen zu befassen.

Aus formellen Gründen, die besonders von den Vereinigten Staaten und Grossbritannien geltend gemacht wurden, sah die Internationale Flüchtlingsorganisation davon ab, den Vereinten Nationen ausdrücklich eine Abänderung der bisher gültigen Definition des Flüchtlings vorzuschlagen. Sie begnügte sich damit, ihr ganz allgemein eine weitherzige Auslegung zu empfehlen und auf gewisse Einschränkungen des Statuts der Internationalen Flüchtlingsorganisation zu verzichten. Damit kann das von Frankreich erstrebte Ziel erreicht werden, unter der Voraussetzung, dass die Weltöffentlichkeit die Schwere des deutschen Flüchtlingsproblems tatsächlich erfasst, auf die mögliche Tragweite dieser Genfer Beschlüsse für Deutschland braucht wohl nicht besonders hingewiesen zu werden.

- o - o -

Über die Hintertreppe?

sp. Ein offizieller Sprecher hat in London am letzten Dienstag erklärt, es sei nicht richtig, dass der Bundeskanzler Dr. Adenauer eingeladen worden sei, an der Konferenz der Aussenminister Englands, Frankreichs und der Vereinigten Staaten teilzunehmen, die in der kommenden Woche in London beginnen wird. In Paris wird diese Erklärung lebhaft beachtet und in Washington kann man nicht überhören, dass angenommen wird, dort, im Weissen Hause, sei der Gedanke geboren

worden, die Deutschen in London zu hören. In Bonn hüllt man sich in tiefes Schweigen.

Was ist an diesen Gerüchten, Bemerkungen und Dementis? Die Erfahrung lehrt, dass immer irgend etwas daran ist. Sicher ist, dass der Bundeskanzler nicht nach London gehen wird, um dort als Bittender in Vorzimmern zu warten. Sicher ist, dass er nicht zur Konferenz geladen wird. Sicher ist auch, so will uns scheinen, dass niemand aus der Bundesregierung legitimiert wäre zu Verhandlungen oder auch nur zu Besprechungen, solange es nicht für nützlich befunden wurde, die Bundesregierung über die Konferenz und ihre Planung zu unterrichten.

Aber solche Überlegungen sind völlig abwegig und übersehen die Lage, in der sich die Bundesrepublik befindet und in der vor allem die drei Westmächte sie sehen und halten möchten. Soll ein Ausweg gefunden werden? Ist es richtig, so fragen wir die Bundesregierung, dass sie einen Studienausschuss angeregt habe, der unter deutscher Teilnahme gerade in den Tagen der Londoner Konferenz der Aussenminister die Lage Deutschlands oder Westeuropas in London studiert? Solche Studien sind Sache des Deutschen Bundestags und nicht irgend welcher Beamter, die sich bestenfalls auf die Ansichten eines einzelnen stützen könnten und sei dieser auch der Kanzler.

Mit allem Nachdruck muss in diesem Augenblick abermals gesagt werden, dass die Lage der Bundesrepublik, die Stellung der Bundesregierung gegenüber dem Parlament und dem Volke und dass die aussenpolitische Situation es zwingend gebieten, dass vor einer Manipulation dieser Art, die einen Studienausschuss als Delegations-Ersatz ins Auge fasst, das Parlament zu hören ist, dass Ratgeber heranzuziehen sind und dass mindestens die Kabinettskollegen des Kanzlers Gelegenheit zur Meinungsäußerung haben müssen. Wir glauben mit Sicherheit sagen zu können, dass es dann nicht zu solcher Politik der Hintertreppe kommen würde.

Welche Legitimation hätte ein Student der Aussenpolitik in diesem seltsamen Ausschuss, der nur hören und aufschreiben kann, um es getrost heimzutragen! Auf der anderen Seite aber, im Kreise der Alliierten, entstünde der Eindruck, dass eine deutsche "Beteiligung" vorgelegen habe und dass unter deutscher "Mitwirkung" dieses und jenes - wir wissen ja nicht, was - beschlossen oder doch vorgesehen worden sei. Wir warnen nachdrücklich vor der Hintertreppe!

Stoßseufzer eines Wohnungslosen

Dass wir im Zeitalter der naturwissenschaftlichen Wunder leben, ist eine unbestreitbare Tatsache. Wir haben noch allzu gut in Erinnerung, wie nach der Lektüre der Zeitungen auch die ältesten Suppenhühner die Erfindung der D-Mark gackernd begrüßten und beschlossen, das aus Protest gegen die R-Mark eingestellte Eierlegen mit verstärkter Intensität wiederaufzunehmen, wie nach dem Abhören der Rundfunknachrichten über die Währungsreform die phlegmatischsten Kühe unvorstellbare Ströme butterfähiger Milch aus ihren Eutern strömen liessen und wie der Wortlaut der Währungsgesetze die verhärmteten Schweine so begeisterte, dass sie wieder Speck ansetzten und beschlossen, den bis dahin weitesten Kreisen unbekanntem Schinken zu erfinden. Es ist durchaus möglich, dass wir von Zeit zu Zeit derartiger Wunder bedürfen, um die etwas hilflose Menschheit ein Stück vorwärtszutreiben.

Es ist also kein Wunder, wenn die Millionen von Wohnungslosen auf den Gedanken kommen, ob es sich - entsprechend den Erfahrungen der Währungsreform - nicht lohnen sollte, den Ziegelsteinen und Betonmischmaschinen alle die vielen Nachrichten über beschlossene Wohnungsbaugesetze zur Lektüre zu geben. Vielleicht sind sie Gesetzen und naturwissenschaftlichen Wundern ebenso zugänglich wie seinerzeit die verdorrten Hühner, Kühe und Schweine. Und vielleicht ist das die einzige Möglichkeit für alle, die auf eine Wohnung warten, doch noch die Sehnsucht ihres Lebens erfüllt zu sehen. Schliesslich könnte man auch in den Wäldern Radioapparate aufstellen, die die Werbung für die Aufbaugesetze durchführen. Sicherlich werden die Bäume sich dann, soweit sie nicht schon für andere nutzbringende Zwecke abgeholzt sind, wie die des weiland seligen Macbeth, allein auf die Socken machen, um sich in den zerstörten Städten als Bauholz anzubieten. Nur so werden wir Wohnungslosen zu einer Wohnung kommen. Denn wozu leben wir im Zeitalter der naturwissenschaftlichen Wunder? Nur um Atombomben zu erfinden...?

-r.

- o - o -